

NIEDERSCHRIFT HFA/0202007

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 13.09.2007 im
Sitzungssaal des Rathauses.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde	
Herr Günther Fehmer	
Herr Willi Krause	
Herr Dr. Wolfgang Meyring	
Herr Franz-Josef Schulze Thier	Vertretung für Herrn Thomas Hagemann
Herr Werner Wiesmann	Vertretung für Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz Becks	Vertretung für Herrn Peter Nowak
Herr André Heßling	Vertretung für Herrn Jürgen Brunn
Herr Thomas Tauber	
Herr Klaus Wieling	

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Ulrich Schlieker

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner	
Herr Hubertus Messing	
Herr Gerd Mollenhauer	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.
Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Überörtliche Prüfung der Stadt Billerbeck durch die Gemeindeprüfungsanstalt**

Es besteht Einigkeit darüber, dass einige Empfehlungen und Erläuterungen bereits erledigt sind während es zu anderen noch Beratungsbedarf gibt. Deshalb werden alle Empfehlungen und Erläuterungen einzeln aufgerufen, um festzulegen, welche davon in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Empfehlung 7

Herr Wieling fordert die Verwaltung auf, nach den Gesprächen mit dem Städte- und Gemeindebund im HFA über das Ergebnis zu berichten.

Empfehlung 11

Herr Wieling fragt nach, warum die Thematik erst 2008 aufgearbeitet werden soll. Außerdem sollte die Verwaltung von Zeit zu Zeit einen Zwischenbericht über den Sachstand geben.

Herr Messing erinnert daran, dass die Thematik im Rahmen der Haushaltsplanberatungen nichtöffentlich erörtert worden sei. Er werde hierzu in der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung Stellung nehmen.

Empfehlung 12

Der Hinweis auf den demografischen Wandel tauche immer wieder auf, so Herr Wieling. Mit diesem Thema werde man sich intensiv befassen müssen. Hierzu sei ein Fraktionsantrag der SPD in Vorbereitung, der die Erstellung eines Stadtentwicklungsplanes fordere, der den Ratsmitgliedern als Orientierung für die Zukunft diene und Entscheidungen leichter mache. Der Stadtentwicklungsplan werde das Aufgabenfeld der Kommunalpolitik und der Verwaltung für die kommenden Jahre darstellen.

Frau Dirks erinnert daran, dass es zur demografischen Entwicklung bereits Aussagen gebe und aufgrund der Initiative der Städte und Gemeinden im Kreis ein Arbeitskreis gebildet worden sei, der sich mit diesem Thema beschäftige. Das ersetze zwar kein Konzept, der demografische Wandel sei aber bereits thematisiert.

Herr Schlieker schließt sich der Auffassung des Herrn Wieling an und stellt heraus, dass Verwaltung und Politik mit einem solchen Konzept nicht nur reagieren, sondern auch agieren können.

Herr Fehmer betont, dass man in den letzten Jahren nicht konzeptlos gewesen sei, wobei es in der letzten Zeit vermehrt Informationen zum demografischen Wandel gegeben habe. Es sei sinnvoll, wenn diese Vorhersagen als Grundlage für die künftige Arbeit rational gefasst würden.

Frau Dirks schlägt vor, die Empfehlung 12 noch einmal gesondert auf die Tagesordnung zu nehmen, um über die weitere Vorgehensweise zu beraten. Dabei weist sie darauf hin, dass ein Stadtentwicklungskonzept von einem Fachbüro entwickelt werden müsse und hierfür die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden müssten.

Empfehlung 14

Herr Wieling hält es für wichtig, dass über die Leistungsdaten nicht im Rahmen der Haushaltsplanberatungen diskutiert, sondern der Empfeh-

lung der Gemeindeprüfungsanstalt gefolgt und hierüber regelmäßig diskutiert wird.

Herr Melzner hält dem entgegen, dass die entsprechenden Leistungsdaten erst nach Einführung des NKF-Prozesses erstellt werden können. Außerdem sei in Teilen die Einführung einer Kosten-Leistungs-Rechnung erforderlich, was auch erst in einem zweiten Schritt möglich sei. Zuerst habe die Erstellung der Eröffnungsbilanz und die Umstellung der Buchhaltung Priorität.

Empfehlung 15

Herr Fehmer wundert sich, dass es zu diesem Punkt keine Erläuterungen gebe. Im Zuge der Einführung des NKF und der Produktbildung werde man sich mit einer Neuordnung im Bereich der Verwaltung und vielleicht auch im Bereich der Ausschüsse beschäftigen müssen.

Das wird von Frau Dirks bestätigt.

Empfehlung 20

Herr Fehmer bittet die Verwaltung, die Personalentwicklung der nächsten 10 – 15 Jahre darzustellen.

Frau Dirks sagt das zu.

Empfehlung 22

Herr Fehmer bittet die Verwaltung, hierzu entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Frau Dirks sagt das zu.

Empfehlung 25

Herr Fehmer bittet die Verwaltung, die Dienstanweisung „Korruptionsbekämpfung“ im Ausschuss vorzustellen.

Verwaltungsseitig wird das zugesagt.

Empfehlung 26

Herr Wieling regt an, über die Schwachstellenanalyse im Ausschuss zu diskutieren.

Frau Dirks sagt entsprechende Vorlage zu.

Empfehlung 29

Regelungen zur Plausibilitätsprüfung sollten dem Ausschuss vorgestellt werden, so Herr Fehmer.

Verwaltungsseitig wird das zugesagt.

Empfehlung 45

In der Erörterung über diese Empfehlung sind die Ausschussmitglieder der Auffassung, dass es bei den bisherigen Reinigungsstandards in der Grundschule bleiben soll.

Herr Schulze Thier ergänzt, dass bereits in der Rechnungsprüfungsausschusssitzung deutlich gemacht worden sei, dass die Reinigungsintervalle nicht verändert werden sollen.

Abschließend fasst Frau Dirks zusammen, dass die nicht aufgeführten

Empfehlungen als erledigt angesehen werden und die o. a. Empfehlungen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen gesetzt werden.

2. **Finanzzwischenbericht für das Haushaltsjahr 2007**

Herr Melzner erläutert die wesentlichen Daten des Finanzzwischenberichtes und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder hierzu.
Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Finanzzwischenbericht wird zur Kenntnis genommen und, soweit noch nicht geschehen, die Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 GO NW alter Fassung erteilt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)**

Herr Wieling merkt an, dass im Vorfeld schon einmal darauf hingewiesen wurde, dass eine Verschiebung der Einführung Vorteile bringe. Die Erläuterungen hierzu seien nachvollziehbar. Aufgrund der Ausführungen im letzten Absatz der heutigen Sitzungsvorlage entstände allerdings der Eindruck als ob die Verwaltung die Einführung zum 1. Januar 2008 personell nicht schaffe.

Herr Melzner entgegnet, dass doch die Gründe ehrlich genannt worden seien. Die Einführung des NKF werde mit eigenem Personal vorbereitet. Zudem habe man einige große Maßnahmen vor der Brust gehabt, die zu Verschiebungen geführt hätten.

Frau Dirks ergänzt, dass Auslöser für ein Verschieben des Einführungszeitpunktes die positive Entwicklung der Steuereinnahmen sei, die unmittelbaren Einfluss auf die Ausgleichsrücklage habe.

Herr Fehmer hält die Gründe für ein Aufschieben prinzipiell für nachvollziehbar. Andererseits habe es aber auch gute Gründe für eine Einführung zum 1. Januar 2008 gegeben. Er fragt nach, ob durch die Einführung zum 1. Januar 2009 ein Problem entstehen könne, weil 1 Jahr Vorlaufzeit fehle.

Frau Dirks erläutert, dass es eine Probephase nicht gebe. Wenn die Verschiebung des Einführungszeitpunktes heute beschlossen werde, dann werde so wie bisher weiter gearbeitet. Lediglich die Schulung im Bereich Buchhaltung werde verschoben, weil sie erst kurz vor der Einführung Sinn mache. Alles andere verlaufe wie im Zeitplan dargelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Schlieker geht Herr Melzner auf die Ausgleichsrücklage ein.

Herr Schlieker gibt zu bedenken, dass man sich mit der Ausgleichsrücklage nicht „schön rechnen“ dürfe. Er sehe die Gefahr, dass die Verwal-

tung und evtl. auch die politischen Gremien Geld ausgeben, wo keines ist.

Herr Melzner erläutert, dass die Ausgleichsrücklage Teil des Eigenkapitals ist und als feste Größe bestehen bleibe. Der Ausgleichsrücklage könne man angreifen und wieder auffüllen, aber immer nur bis zu der in der Eröffnungsbilanz eingestellten Größe.

Frau Dirks ergänzt, dass sicherlich bevor Steuern erhöht werden, die Ausgleichsrücklage angegriffen werde. Je höher die Ausgleichsrücklage sei, desto größer sei auch der Spielraum.

Nachdem Herr Melzner weitere Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, fasst der HFA folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Stadt Billerbeck führt das Neue Kommunale Finanzmanagement zum 1. Januar 2009 ein.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Bewerbung um die Regionale 2013 und 2016

Frau Dirks erläutert die Kurzfristigkeit der heutigen Beratung. Falls sich die Stadt Billerbeck nicht an der Bewerbung um die Regionale beteilige, dann werde die Bewerbung trotzdem auf den Weg gebracht, allerdings mache das auf die Jury nicht unbedingt einen guten Eindruck. Wichtig sei auch, dass die Stadt Billerbeck nicht gezwungen werden könne, Projektträger zu sein.

Herrn Dr. Meyring stört die Kurzfristigkeit mit der heute eine Entscheidung von überregionaler Bedeutung getroffen werden soll. Die Bewerbungsfrist ende doch erst am 31. Oktober 2007, also könne doch auch noch nach den Herbstferien beraten werden, so dass bis dahin noch Hintergrundinformationen eingeholt werden könnten. Er sei heute nicht bereit zu entscheiden.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die nächste Ratssitzung erst am 15. November 2007 vorgesehen sei. Außerdem sei das Thema nicht ganz neu. Die Fraktionen seien z. B. zu einer Informationsveranstaltung in Borken eingeladen gewesen.

Herr Wieling sieht ebenfalls keine Dringlichkeit, den Nachtrag zur Einladung könne er nicht nachvollziehen.

Herr Dr. Meyring gibt noch einmal zu bedenken, dass die Zeit für eine gründliche Recherche fehle und er eine Entscheidung heute nicht treffen könne.

Dem stimmt Herr Wieling zu. Es sei schwierig, die Vorlage zu lesen. Sie enthalte viele Sätze mit wenig Inhalt. Er wirft die kritische Frage auf, warum das Bewerbungsverfahren nicht so gemanagt werde, dass die Räte Zeit haben, sich mit den Inhalten zu beschäftigen. Auch wenn er wisse,

dass es im Rahmen der Regionale gute Programme gegeben habe, befürchte er, dass man sich verzettele.

Herr Mollenhauer bittet zu berücksichtigen, dass Projekte aus der Regionale vorne an stünden. Es gehe um die Stärkung der Region und darum Fördergelder zu bekommen.

Auch Herr Schlieker macht deutlich, dass er eigentlich keine Lust habe nach ILEK und Leader in die nächste Diskussion einzusteigen, zumal er keine Gelegenheit gehabt habe, das Thema fraktionsintern zu besprechen. Andererseits sehe die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen die Teilnahme an der Bewerbung äußerst positiv. Hier gehe es um 2.000,-- €, die letztlich vom Kreis getragen würden. Ein Grundkonzept sei vorhanden. Jetzt gehe es zunächst um den Startschuss und noch nicht um Details. Von daher könne er zustimmen.

Herr Fehmer merkt an, dass heute ein Beschlussvorschlag für den Rat gefasst werden solle und man sich nichts vertue, wenn die Entscheidung bis dahin vertagt wird.

Nach kurzer Erörterung wird die Entscheidung einvernehmlich auf die nächste Ratssitzung vertagt.

5. Mitteilungen

5.1. Gesundheitswoche - Frau Dirks

Frau Dirks berichtet, dass im Rahmen von „Ab in die Mitte“ vom 14. – 20. Oktober 2007 eine Gesundheitswoche mit vielen Bewegungsangeboten stattfinde. In diesem Zusammenhang gebe es eine Initiative von Nordic Walkern, eine „Nordic-Walking-Schleife“ als Themenrundlauf anzulegen. Voraussichtlich werde diese Schleife während der Gesundheitswoche eröffnet. Kosten entstünden für die Stadt nicht, da es sich um ein ehrenamtliches Engagement handele.

5.2. Umgang mit Bürgern - Herr Melzner

Herr Melzner bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Wieling in der letzten Ratssitzung, wonach ein Bürger bzgl. der Straßenreinigung im Februar/März d. J. ein Schreiben an die Verwaltung geschickt und bis heute angeblich keine Antwort erhalten habe. Hierzu teilt er mit, dass es sich bei diesem Schreiben um einen Widerspruch zum Abgabenbescheid vom 5. Februar 2007 gehandelt habe. Ein Zwischenbescheid sei am 9. März 2007 ergangen und der Abhilfebescheid einschl. Erstattung am 26. April 2007.

5.3. Verschmelzung der Aktion Münsterland/Münsterlandmarketing - Herr Messing

Herr Messing weist bereits heute darauf hin, dass in der nächsten HFA-Sitzung über die Fusion der beiden Regionalvermarktungseinrichtungen Aktion Münsterland und Münsterland Touristik beraten und ein Beitrittsbeschluss gefasst werden soll.

5.4. ÖPNV - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass das Land zurzeit dabei sei, den öffentlichen Personennahverkehr in Teilen neu zu organisieren. Der Zweckverband Schienenverkehr Münsterland solle künftig einen Dachverband bekommen. Auch hier sei ein Beitrittsbeschluss erforderlich. Die Angelegenheit werde in der nächsten HFA-Sitzung thematisiert

5.5. Geschwindigkeitsbegrenzung Graute Laun - Frau Dirks

Zur Anfrage von Frau Mollenhauer, ob auf der Straße Graute Laun ein Piktogramm aufgebracht werden könne, das auf Tempo 30 hinweist, teilt Frau Dirks mit, dass das Piktogramm aufgebracht werde, sobald es die Witterung zulasse. Außerdem werde das Tempomessgerät in unregelmäßigen Abständen an der Straße eingesetzt.

6. Anfragen

6.1. Eingangsbestätigungen der Verwaltung - Herr Wieling

Herr Wieling weist Herrn Messing darauf hin, dass es nicht erforderlich sei, den Eingang jeden Fraktionsantrages einzeln zu bestätigen, erst recht nicht, wenn die Anträge bereits auf der Tagesordnung einer Sitzung stünden.

6.2. Schulbusverkehr - Herr Schulze Thier

Herr Schulze Thier schildert, dass sich eine Mutter bei ihm darüber beklagt habe, dass ein Fünftklässler am Ende der zweiten Schulwoche vom Busfahrer nicht mitgenommen worden sei, weil er seinen Fahrausweis nicht dabei hatte.

Zum anderen gebe es offensichtlich unter den Schulbusfahrern unterschiedliche Regelungen zum Drücken des Halteknopfes. Einige Fahrer fühlten sich durch das Drücken gestört, weil sie grundsätzlich an jeder

Haltestelle grundsätzlich hielten während andere nur auf Anforderung hielten. Es sei vorgekommen, dass der Bus an der Haltestelle Industriestraße nicht angehalten habe, weil der Knopf nicht gedrückt wurde. Der Schüler habe erst an der Haltestelle Holthäuser Straße aussteigen können.

Herr Messing führt aus, dass es beim Fehlen des Fahrausweises normalerweise eine Verwarnung gebe, mit dem Hinweis die Fahrkarte am nächsten Tag vorzulegen. Da die Westfalen Bus als Betreiber der Linie Subunternehmen beschäftige, könne man sich vorstellen, dass die Fahrer individuell reagierten. Er werde den Hinweis weitergeben und darum bitten, dass insbesondere in der Eingewöhnungsphase Nachsicht geübt werde.

Im Übrigen müsse grundsätzlich jede Haltestelle angefahren werden, es seien auch nicht alle Busse mit Druckknöpfen ausgestattet. Aber auch diesen Hinweis werde er an die Westfalen-Bus weitergeben.

6.3. Sitzungskalender - Herr Krause

Herr Krause weist darauf hin, dass er am 15. November 2007 bereits einen Termin angenommen habe und erst heute erfahren habe, dass an dem Tag eine Ratssitzung vorgesehen sei. Er fragt nach, wann der Sitzungskalender vorgelegt worden sei.

Frau Dirks teilt mit, dass ein Entwurf des Sitzungskalenders den Fraktionsvorsitzenden ausgehändigt worden sei.

6.4. Vorstellung des Berkelaufenkonzeptes - Herr Fehmer

Herr Fehmer führt an, dass er in der Zeitung über einen Termin mit Herrn Minister Uhlenberg bzgl. des Berkelaufenprojektes gelesen habe. An dem Projekt sei die Stadt u. a. auch über den Betriebsausschuss beteiligt, deshalb hätte er es für gut befunden, wenn hierüber informiert worden wäre.

Frau Dirks erklärt, dass der Termin nicht mit der Verwaltung abgestimmt worden sei und sie hieran auch nicht teilnehmen konnte. Es habe sich um einen internen Behördetermin gehandelt. Darüber, dass der Termin im Beisein des Ministers stattfinde, sei aber in einer Sitzung berichtet worden.

6.5. Verschmutzter Radweg - Herr Becks

Herr Becks weist darauf hin, dass der Radweg zwischen der alten Berkelbrücke bis zur Kreuzung Coesfelder Straße/Wüllen sehr schmutzig sei und bis zum Stadtfest gereinigt werden sollte.

Verwaltungsseitig wird zugesagt, bis zum Stadtfest die Kehrmaschine einzusetzen.

6.6. Grüne Wartehalle am Gummibahnhof - Herr Fehmer

Herr Fehmer erkundigt sich, warum die neu aufgestellte Wartehalle am Gummibahnhof grün und nicht wie sonst üblich blau sei.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass es sich um eine Auflage des Amtes für Denkmalpflege handele.

Herr Fehmer fragt weiter nach, ob es richtig sei, dass es auf dem neuen barrierefreien Pflasterstreifen im Bereich des Wartehäuschens zu einem Engpass komme.

Frau Dirks entgegnet, dass der Weg frei und das dortige Haltestellenschild zurückgesetzt worden sei.

6.7. Ersatzanpflanzungen von Bäumen - Herr Schlieker

Herr Schlieker führt an, dass im Rahmen der Flurbereinigung Temming/Langenhorst im Sommer 2006 Eichen gepflanzt worden seien. Hiervon seien viele eingegangen. Er fragt nach, ob für Ersatzanpflanzungen gesorgt sei.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass es sich um Gewährleistungsansprüche handele, um die sich die Bezirksregierung kümmern müsse. Voraussichtlich würden Ersatzanpflanzungen in der nächsten Pflanzperiode erfolgen.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin